



Textliche Festsetzungen

§ 1 Sondergebiet Park+Ride-Platz

Auf den Flächen des festgesetzten Park+Ride-Platzes sind Fahrspuren und Stellplätze nur in einer teilversiegelten Befestigungsart zulässig. Insgesamt sind maximal 70 % der festgesetzten Flächen als Fahrspuren oder Stellplätze anzulegen. Die verbleibenden Vegetationsflächen sind zu 70 % mit Gehölzbeplantungen der Artenliste 1 des gründerischen Fachbeitrags* dauerhaft zu begrünen.

Zusätzlich zu Satz 3 ist je angefangene 100 m² Fläche in diesem Sondergebiet mindestens ein hochstämmiger heimischer groß- bzw. mittelkroniger Laubbaum der Artenliste 1 des gründerischen Fachbeitrags* anzupflanzen, zu erhalten und bei Abgang zu ersetzen.

Die zur Erhaltung festgesetzten Bäume sind dauerhaft zu erhalten und bei Abgang zu ersetzen. Diese und andere nicht zur Erhaltung festgesetzte vorhandene Bäume können auf die Anzahl der anzupflanzenden Bäume angerechnet werden.

Im Stammbereich anzupflanzender und zu erhaltender Bäume muss eine Fläche von mindestens 12 m² unversiegelt bleiben und vor Bodenverdichtung geschützt werden.

§ 2 Sondergebiet Gastronomie

Je angefangene 100 m² versiegelter Grundstücksfläche ist mindestens ein hochstämmiger heimischer Laubbaum oder Obstbaum, der Artenliste 1 des gründerischen Fachbeitrags*, anzupflanzen, zu erhalten und bei Abgang zu ersetzen.

Die zur Erhaltung festgesetzten Bäume sind dauerhaft zu erhalten und bei Abgang zu ersetzen. Diese und andere nicht zur Erhaltung festgesetzte vorhandene Bäume können auf die nach Satz 1 anzupflanzende Anzahl von Bäumen angerechnet werden.

Private Stellplätze sind durch mindestens einen großkronigen Laubbaum je angefangene 6 Stellplätze zu gliedern. Diese werden auf die nach Satz 1 anzupflanzende Anzahl von Bäumen angerechnet.

Im Stammbereich anzupflanzender und zu erhaltender Bäume muss eine Fläche von mindestens 12 m² unversiegelt bleiben und vor Bodenverdichtung geschützt werden.

Darüber hinaus sind die unversiegelten Grundstücksflächen zu 50 % mit Gehölzbeplantungen der Artenliste 1 des gründerischen Fachbeitrags* dauerhaft zu begrünen.

§ 3 Flächen für Maßnahmen zum Schutz zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

Innerhalb der festgelegten Flächen sind neben den zu erhaltenden und anzupflanzenden Bäumen gemäß dem gründerischen Fachbeitrag* flächig Gehölze anzupflanzen und Randflächen und Gewässerabschnitte als halbruderale Gras- bzw. Krautflächen zu entwickeln.

*) Gründerischer Fachbeitrag zu Bebauungsplan HO 254 B (rechtsverbindlich 04.10.2001)

Rechtsgrundlagen

Für diesen Bebauungsplan gelten

- das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316).
- Die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung -BauNVO-) in der Fassung vom 23. Januar 1990, zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466).
- Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO) in der Fassung vom 28. Oktober 2006 (Nds. GVBl. S. 473), zuletzt geändert durch Gesetz vom 07. Dezember 2006 (Nds. GVBl. S. 575).

Planzeichenerklärung

- Art der baulichen Nutzung (§9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB §§1 bis 11 BauNVO)
 - Sondergebiete
 - Sonderbaufläche: Gastronomie
 - Sonderbaufläche:Park+Ride
- Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)
 - Baugrenze
 - Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß
 - 0,4 Grundflächenzahl
 - 0,4 Geschossflächenzahl
- Verkehrsflächen (§9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)
 - Straßenverkehrsflächen
 - Straßenbegrenzungslinie
- Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)
 - Öffentliche Grünfläche
- Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses (§9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB)
 - Wasserflächen
- Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)
 - Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft
 - Bäume erhalten
- Sonstige Planzeichen
 - Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans
 - Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

Übersichtsplan

M 1:5000

Stadt Hildesheim

Bebauungsplan HO 254 D

" Am Berliner Kreisel "

Der Bebauungsplan HO 254 B wird, soweit er vom Geltungsbereich des Bebauungsplans HO 254 D überdeckt wird, aufgehoben.

Maßstab 1:500 02/08

<p>Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 18.09.2007.....).</p> <p>Hildesheim, den 13.03.2008..... Bereich Vermessung und Geodatengez. Dr. Gündel.....</p> <p>Hildesheim, den 18.02.2008..... Fachbereich Stadtplanung und Stadtentwicklunggez. Wamecke.....</p>	<p>Die Aufstellung dieses Bebauungsplans wurde gem. § 2 Abs. 1 BauGB (neueste Fassung) vom Verwaltungsausschuss der Stadt in seiner Sitzung am 09.07.2007 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 14.07.2007 in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekannt gemacht. Die Unterrichtung und Erörterung gem. § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte vom 16.07.2007 bis 10.08.2007. Gleichzeitig bestand allgemein Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.</p> <p>Hildesheim, den 13.03.2008..... Der Oberbürgermeister Im Auftragegez. Wamecke.....</p> <p>Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 3 Abs. 2 BauGB (neueste Fassung) in der Zeit vom 14.03.2008..... bis 14.04.2008..... zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt.</p> <p>Die Auslegung ist am 06.03.2008..... mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Vorbringung von Anregungen während der Auslegungsfrist in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekannt gemacht worden.</p> <p>Hildesheim, den 15.04.2008..... Der Oberbürgermeister Im Auftragegez. Wamecke.....</p> <p>Der Entwurf dieses Bebauungsplans wurde aufgrund der gem. § 3 Abs. 2 BauGB (neueste Fassung) vorgebrachten Anregungen gem. § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB geändert. Der Beschluss wurde in der Zeit vom bis Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.</p> <p>Hildesheim, den Der Oberbürgermeister Im Auftrage</p> <p>Der Beschluss des Bebauungsplans ist gem. § 10 Abs. 3 BauGB (neueste Fassung) am 14.05.2008..... im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim bekannt gemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am 14.05.2008..... rechtsverbindlich geworden und liegt zu jedermanns Einsicht bereit.</p> <p>Hildesheim, den 15.05.2008..... Der Oberbürgermeister Im Auftragegez. Wamecke.....</p>	<p>Für die Ausarbeitung des Planentwurfs.</p> <p>Hildesheim, den 13.03.2008..... Im Auftragegez. Wamecke.....</p> <p>Dem Entwurf mit Begründung zur Aufstellung dieses Bebauungsplans hat der Verwaltungsausschuss der Stadt Hildesheim gem. § 2 BauGB (neueste Fassung) in der Sitzung am 03.03.2008..... zugestimmt und die öffentl. Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.</p> <p>Hildesheim, den 13.03.2008..... Der Oberbürgermeister Im Auftragegez. Wamecke.....</p> <p>Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 4a Abs. 3 BauGB (neueste Fassung) in der Zeit vom bis zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt.</p> <p>Die Auslegung ist am mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Vorbringung von Anregungen während der Auslegungsfrist in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekannt gemacht worden.</p> <p>Hildesheim, den Der Oberbürgermeister Im Auftrage</p> <p>Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 BauGB und § 40 Niedersächsischen Gemeindeordnung vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 28.04.2008..... als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Abs. 8 BauGB beigelegt, ihr wurde zugestimmt.</p> <p>Hildesheim, den 29.04.2008.....gez. Kurt Michels..... (L.S.) Oberbürgermeister</p> <p>Innerhalb von 2 Jahren nach Inkrafttreten des Bebauungsplans sind weder Verletzungen von Verfahrens- oder Formvorschriften noch Verletzungen der Vorschrift über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans noch Mängel des Abwägungsvorganges im Sinne von § 215 Abs. 1 BauGB geltend gemacht worden.</p> <p>Hildesheim, den 14.07.2010..... Der Oberbürgermeister Im Auftragegez. Wamecke.....</p>
--	--	---